

Konferenzbericht

Politische Gewalt und Demokratie

Nikolina Klatt, Sebastian Hellmeier und Daniel Ziblatt

Konferenz „Political Violence and Democratic Backsliding“ am 6. und 7. Oktober 2022 am WZB, organisiert von der Abteilung Transformationen der Demokratie

Die liberale Demokratie ist unter Druck. Der US-Thinktank Freedom House verzeichnete für das Jahr 2021 im 16. Jahr in Folge einen weltweiten Rückgang der Freiheitsrechte, und dem Varieties of Democracy (V-Dem) Institut an der Universität Göteborg zufolge lebt aktuell ein Drittel der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Demokratie an Qualität verliert (die Forschung spricht von „Democratic Backsliding“). Weniger Aufmerksamkeit erfährt jedoch eine gleichzeitig stattfindende Entwicklung: die Zunahme politischer Gewalt. Ereignisse wie die Ermordung der britischen Abgeordneten Jo Cox und des deutschen Politikers Walter Lübcke oder die zunehmenden Spannungen zwischen Muslimen und Hindus in Indien zeigen, dass dieser Trend auch etablierte Demokratien betrifft.

Diese Gleichzeitigkeit war Anlass der Konferenz „Political Violence and Democratic Backsliding“, die Forschende aus Deutschland, Europa und den USA zusammenbrachte. Gefragt wurde, inwiefern Gewalt demokratisches Regieren gefährdet und ob Backsliding Räume für Gewalt eröffnet.

Den Auftakt der Konferenz machte Nils-Christian Bormann (Universität Witten/Herdecke) in dem Panel zu Politischer Gewalt im Europa der Zwischenkriegszeit. In dem Vortrag zu seinem ERC-Forschungsprojekt „Democracy, Anger and Elite Responses“ (DANGER) ging er unter anderem der Frage nach, inwiefern Gewalt der Auslöser von Dekonsolidierungsprozessen in Demokratien sein kann. Einen Blick auf die gegenwärtige Situation in Südasien lieferte der Vortrag von

Ursula Daxecker und Neeraj Prasad von der Universität Amsterdam. Sie gingen der Frage nach, unter welchen Bedingungen Wähler*innen politische Gewalt in Demokratien tolerieren oder missbilligen. Sie argumentierten, dass Parteien Gewalt zur Wählermobilisierung instrumentalisieren und sie als notwendige Reaktion auf bestehende Ungerechtigkeiten darstellen. Ihre experimentelle Studie zu den Wahlen in Uttar Pradesh im Jahr 2022 machte Unterstützung für spaltende Rhetorik und Gewalt als grundlegende Bedrohung für die Demokratie aus.

Am zweiten Tag präsentierte Tore Wig (Universität Oslo) sein Forschungsvorhaben zur Frage, inwiefern politische Eliten bereit sind, demokratische Spielregeln wie Gewaltlosigkeit aufrechtzuerhalten. Unter anderem untersuchte er, ob politische Eliten in Norwegen Normverletzungen anderer Politiker*innen sanktionieren. Einen Schwerpunkt auf die USA legte der Vortrag von Lilliana Mason (Johns-Hopkins-Universität), die eine zunehmende Unterstützung für Gewalt gegen Vertreter*innen der Gegenseite im Zweiparteiensystem feststellte. Ein bemerkenswertes Ergebnis ihrer Studie war, dass über 10 Prozent der Wähler*innen politische Gewalt als legitimes Mittel zur Erreichung politischer Ziele sehen. Einen Vergleich zwischen den USA in der Jim-Crow-Ära und Democratic Backsliding im Indien unter Narendra Modi zogen Ashutosh Varshney und Connor Staggs (beide Brown Universität). Eine Gemeinsamkeit beider Fälle ist, dass ein durch Wahlen legitimes Mehrheitsprinzip dazu genutzt wird, eine Reihe von Gesetzen und Praktiken zu schaffen, mit denen Minderheiten das Wahlrecht entzogen werden soll, die sie Gewalt aussetzen oder in Segregation zwingen.

In der Abschlussdiskussion ging es um die Rolle verschiedener Akteure (staatlich versus nicht staatlich) bei der Verhinderung oder Förderung von Gewalt, verschiedene Formen von Gewalt (physisch versus symbolisch) und die Wahrnehmung sowie die Darstellung von Gewalt. Neben der Feststellung, dass sich Gewalt und Backsliding gegenseitig verstärken können, wurde auch diskutiert, inwiefern Gewalt zu mehr Demokratie führen kann, wenn sie von prodemokratischen Bewegungen eingesetzt wird.